



Arbeiterwohlfahrt  
Landesverband  
Bayern e.V.



Diakonie  
Bayern

DER PARITÄTISCHE  
BAYERN



## Gemeinsame Pressemitteilung

### Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern – LAG FW Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. – bpa

München, den 27.03.2009

#### **Betreuung für Demenzkranke in Pflegeheimen: Bayerischer Landtagsausschuss fordert Pflegekassen zu raschem Handeln auf – Staatsregierung wird um Unterstützung gebeten**

Der Sozialpolitische Ausschuss im Bayerischen Landtag hat die Pflegekassen aufgefordert, für eine verbesserte Versorgung der an Demenz erkrankten Heimbewohner rasch und unbürokratisch eine Lösung zu finden. Diese Aufforderung war das Ergebnis einer parteiübergreifenden Diskussion zur schleppenden Umsetzung in Bayern, zusätzliche Betreuungsleistungen für Demenzkranke zur Verfügung zu stellen. Durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz wurde es altersverwirrten Heimbewohnern im vergangenen Jahr ermöglicht, dass sie verstärkt Unterstützung bei ihren Alltagsaktivitäten erhalten können. Hierzu wurde festgelegt, dass in den Heimen weitere Betreuungskräfte angestellt werden können, die die Demenzkranken beispielsweise bei Spaziergängen und Ausflügen begleiten sollen. Nach dem Willen des Gesetzgebers soll den Demenzkranken durch mehr Zuwendung, zusätzliche Betreuung und Aktivierung eine höhere Wertschätzung entgegen gebracht, mehr Austausch mit anderen Menschen und mehr Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht werden.

„Nunmehr ist bald ein Jahr vergangen, aber nur ein Teil der mindestens 60.000 Demenzkranken in bayerischen Pflegeheimen konnte bislang von der gesetzlichen Verbesserung profitieren“, beklagt Friedrich Schmidt, Vizepräsident des bpa und dessen Vorsitzender in Bayern. „In einer durchschnittlich großen Pflegeeinrichtung wären es zwei zusätzliche Vollzeitkräfte, die jeden Tag unsere demenzkranken Bewohner unterstützen könnten. Das bürokratische Verfahren der Pflegekassen behindert eine schnelle Umsetzung und gehört daher unverzüglich eingestellt“, fügt er hinzu. Die Pflegekassen in Bayern haben es bisher abgelehnt, ein für Bayern einheitliches Verfahren zu finden. Vielmehr wollen sie in jedem einzelnen Fall mit den Pflegeeinrichtungen individuell verhandeln. Der Sozialausschuss im Landtag hat diese Praxis nunmehr scharf kritisiert und weiter die Auffassung vertreten, dass zahlreiche Einrichtungen auch deshalb keine Umsetzung vornehmen können, da sie von den Pflegekassen keine kostendeckenden Angebote erhalten, um zusätzliche Betreuungskräfte anstellen zu können. „Die Pflegekassen ersparen sich Monat für Monat hohe Geldbeträge, die aber den betroffenen Demenzkranken zustehen und jetzt zügig ausgereicht werden müssen“, fordert Prinzessin Christa von Thurn und Taxis, die derzeitige Sprecherin der Wohlfahrtsverbände in Bayern. Beinahe 50.000 Demenzkranke werden in den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege und den Mitgliedseinrichtungen des bpa in Bayern betreut. „Wir wissen sehr genau wovon wir hier reden, denn unsere Einrichtungen tragen die Verantwortung in der Praxis für einen großen Teil der Demenzkranken in Bayern. Es ist höchste Zeit, dass die Pflegekassen nun ihrer Verantwortung nachkommen und die Blockadehaltung aufgeben“, so beide abschließend.

Ansprechpartner:  
Wilfried Mück, LAG FW (Tel.: 089/54497110),  
Joachim Görtz, bpa (Tel.: 089/12163334)